

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 14. Februar 2004

114. Jahrgang Nr. 31.445

Eichel kommt



Buenos Aires (JW/AT) - Der deutsche Finanzminister Hans Eichel wird in der kommenden Woche Buenos Aires einen zweitägigen Besuch abstatten. Nach einem Bericht der Zeitung „InfoBAE“ vom Freitag trifft Eichel am Mittwoch in der Bundeshauptstadt ein, wo er sich nur rund 24 Stunden aufhalten wird. Der SPD-Politiker, der von mehreren Staatssekretären begleitet werde, habe jedoch ein „volles Programm“, an dessen Spitze Treffen mit dem argentinischen Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, Außenminister Rafael Bielsa und dem Minister für Planung und Infrastruktur, Julio De Vido, stehen.

Nach Angaben von „InfoBAE“ wird Eichel am Mittwoch zunächst von Botschafter Rolf Schumacher mit einem Mittagessen in der deutschen Botschaft empfangen, zu dem auch Vertreter deutscher Unternehmen eingeladen sind. Im Anschluss daran seien im Wirtschaftsministerium Gespräche mit Wirtschaftsminister Roberto Lavagna und Planungsminister De Vido vorgesehen. Daran schließe sich eine Pressekonferenz an.

Am Abend gibt die Deutsch-Argentinische Handelskammer zu Ehren Eichels ein Essen im Hotel Four Seasons. Dort treffe der 63-Jährige auch mit Außenminister Bielsa zusammen.

Allgemein werde erwartet, dass der deutsche Finanzminister bei seinen Gesprächen auch zum strittigen Thema der argentinischen Umschuldung Stellung nimmt. Argentinien verlangt von seinen privaten Gläubigern, darunter deutsche Halter von Staatsanleihen, einen Abschlag auf den Nennwert der Verbindlichkeiten von 75 Prozent. Die Gläubiger lehnen dies ab.

„Ende der Flitterwochen“

„Piqueteros“ räumen Arbeitsministerium / Straßensperren für Montag angekündigt

Buenos Aires (AT/JW) - In der Auseinandersetzung zwischen der Kirchner-Administration und Arbeitslosenaktivisten hat die Regierung unter der Woche nicht nachgegeben. Nach einer siebentägigen Besetzung des Arbeitsministeriums zogen die „Piqueteros“ des Movimiento Independiente de Jubilados y Desocupados (MIJD) am Donnerstag ab und schlossen sich einem Protestmarsch zum Kongressgebäude an. Dort demonstrierten am Nachmittag mehrere Aktivisten-Verbände, darunter der Polo Obrero (PO), der Movimiento Teresa Rodríguez (MTR) und der Movimiento Territorial de Liberación (MTL), gegen das von der Kirchner-Regierung geplante Arbeitsgesetz zu den Tarifverträgen. Nach Medienberichten versammelten sich rund 3000 Menschen auf dem Platz vor dem Kongress.

Bereits am Mittwoch hatten 2000 Anhänger der Klassenkämpferischen Strömung (CCC) vor dem Kongress demonstriert und gegen das Gesetz sowie den Stopp von Kredit-Rückzahlungen an den Internationalen Währungsfonds gefordert.

Am vorvergangenen Freitag hatten MIJD-Aktivisten das Arbeitsministerium in der Avenida Alem besetzt und die Weiterzahlung von Sozialhilfe gefordert. Dabei handelt es sich um 250.000 Fälle die in den vergangenen Monaten ausgelaufenen waren und von der Regierung bislang nicht erneuert wurden. Die von der Bewegung geforderten direkten Verhandlungen mit der Regierung lehnte Präsident Néstor Kirchner ab. Daraufhin campierten MIJD-„Piqueteros“ tagelang im Eingangsbereich des Ministeriums

und sperrten einzelne Fahrspuren der Avenida.

Aus der Casa Rosada hieß es, man werde sich von den Arbeitslosenaktivisten auch in Zukunft „nicht erpressen“ lassen. Eine gewaltsame Räumung des Ministeriums hatte die Kirchner-Administration jedoch abgelehnt. Kirchner rief die Aktivisten vielmehr dazu auf, Toleranz walten zu lassen. Argentinier sollten „nicht gegeneinander aufgehetzt“ werden. Castells kündigte am Donnerstag an, den „Kampf“ auf das ganze Land ausdehnen zu wollen. Für den kommenden Montag seien zunächst Straßensperren im Großraum Buenos Aires geplant. „Das war nur die erste Runde“, sagte Castells, der nicht von einer Niederlage sprechen wollte und Kirchner vielmehr mit dem „Ende der Flitterwochen“ drohte.

Zuviel Wind und Wellen

Bergung der „Graf Spee“ beginnt mit Fehlschlag

Montevideo/Buenos Aires (dpa/AT) - Der erste Versuch zur Bergung des Entfernungsmessers des 1939 vor Uruguay gesunkenen deutschen Kriegsschiffes „Admiral Graf Spee“ ist fehlgeschlagen. Starker Wind und hoher Wellengang haben am Montag immer wieder die Stahlrossen reißen lassen, sagte der Unternehmer Alfredo Etchegaray. Zudem sei es schwierig gewesen, den Schwimmkran vor der Küste der Hauptstadt Montevideo mit Hilfe von zunächst nur einem und später einem zweiten Schlepper auf Position zu halten.

Seit Ende Januar war der Beginn der Aktion wegen Sturms und hoher Wellen bereits drei mal verschoben worden. Als nächster Termin für die Bergung des 27 Tonnen schweren Gerätes zur Zielerfassung sei der kommende Montag ins Auge gefasst worden, sagte Etchegaray weiter. Das Gerät ist 10,5 Meter lang und sechs Meter hoch. Zu dem Entfernungsmesser gehöre auch eines der ersten je auf einem Kriegsschiff installierten

Radargeräte.

Die Männer unter Leitung des Bergungsexperten Héctor Bado hätten bis zum Einbruch der Nacht gearbeitet und seien völlig erschöpft. Der ursprünglich geplante Einsatz eines staatlichen, wesentlich größeren Krans sei wegen des schlechten Wetters nicht möglich gewesen. Deshalb sei der kleinere Schwimmkran einer privaten Firma gemietet worden, sagte Bado.

Die private Bergungsgruppe um Etchegaray will die 186 Meter lange „Admiral Graf Spee“ mit Hilfe von Sponsoren in den kommenden

Jahren heben und restaurieren. Später soll sie als Museumsschiff im Hafen von Montevideo liegen. Kapitän Hans Langsdorff hatte mit dem für damalige Verhältnisse sehr modernen Schiff mit Beginn des Zweiten Weltkrieges zunächst Jagd auf britische Handelsschiffe gemacht. Nach einer Seeschlacht mit drei britischen Kriegsschiffen erschien ihm der weitere Kampf jedoch aussichtslos. Am 17. Dezember 1939 befahl er die Selbstversenkung. Seine Mannschaft wurde gerettet, aber Langsdorff nahm sich nur drei Tage später in argentinischer Internierung das Leben.

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

ESMA wird Gedenkstätte

Einweihung auf dem Gelände des ehemaligen Folterzentrums für 24. März geplant

Buenos Aires (AT/JW) - Auf dem Gelände der ehemalige Mechanikerschule der Marine (ESMA) in Buenos Aires soll ein Museum entstehen, das an die Gräueltaten der Militärdiktatur erinnert. Dies gab der Staatssekretär für Menschenrechte, Eduardo Luis Duhalde, am Montag bei einer Pressekonferenz in der Casa Rosada bekannt. Zuvor hatte sich Staatspräsident Néstor Kirchner mit Menschenrechtsorganisationen auf das Projekt geeinigt. In der ESMA wurde während der Militärdiktatur von 1976-1982 eines der größten Folterzentren des Landes betrieben. Die Einweihung des Museums soll am 24. März erfolgen. Dann jährt sich der Putsch zum 28. Mal.

Die Ankündigung wurde laut Medienberichten sowohl im Verteidigungsministerium wie auch in der Marine-Spitze mit Überraschung aufgenommen. Generell sei innerhalb der Streitkräfte jedoch „ein solcher Schritt“ (Zeitung „La Nación“) erwartet worden. Grund sei das vermeintlich schlechte Verhältnis zwischen den Militärs und dem Präsidenten, hieß es in Medienberichten.

Das insgesamt rund 17 Hektar große Gelände an der Avenida Libertad

im Stadtteil Núñez war der Marine 1924 von der Stadt Buenos Aires übertragen worden. Heute befinden sich dort mehrere Marineschulen. Nach Medienberichten soll das gesamte Gelände zu einer Gedenkstätte erklärt werden, in einem der Gebäude werde ein Museum eingerichtet. Offiziell wurden während der Militärdiktatur knapp 10.000 Regimegegner getötet. Wo fortan die Marineschulen untergebracht werden, war zunächst völlig unklar.

Menschenrechtler zeigten sich zufrieden mit der Entscheidung. „Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einer demokratischen Aufarbeitung des Geschehenen“, sagte die Vorsitzende der Abuelas de Plaza de Mayo, Estela de Carlotto.

Die ESMA sei ein „Symbol der Perversion“. Dort seien „Dinge geschehen, die in diesem Land nie hätten passieren dürfen“. „Die Zivilgesellschaft erhält die ESMA zurück“, freute sich der Menschenrechtler Miguel Monserrat. Bereits 1998 hatte der damalige Stadtregierungschef von Buenos Aires, Fernando de la Rúa, von Staatschef Carlos Menem die Rückgabe des Geländes an die Stadt gefordert.

Passive Einwanderungspolitik

Überraschend hat die Einwanderungsbehörde („Dirección Nacional de Migraciones“), die dem Innenministerium untersteht, beschlossen, vorerst auf die Ausweisung von Ausländern der Mercosur-Länder Brasilien, Paraguay und Uruguay sowie deren assoziierte Staaten Chile und Bolivien zu verzichten. Peru ist zwar neuerdings auch assoziierter Staat des Mercosur, doch stehen offenbar die Formalitäten hierfür aus. Peru wurde traditionell als benachbartes Land („país vecino“) mit den erwähnten Nachbarländern gleichgestellt.

In den letzten drei Jahren wurden über 11.600 Ausländer ausgewiesen, die illegal im Lande lebten. Die Bundespolizei, der Grenzschutz und die Küstenwache erledigten jeweils die Ausweisungen. Künftig soll die Justiz zwischengeschaltet werden, wenn auszuweisende Ausländer appellieren.

Die Begründung der überraschenden Maßnahme bezog sich auf das neue Wanderungsgesetz Nr. 25.871 vom 20. Januar, das zugunsten der Bürger der erwähnten Nachbarländer entscheidet. Die Einstellung der Ausweisung illegaler Einwanderer aus besagten Ländern soll solange dauern, bis das Ausführungsdekret zum neuen Migrationsgesetz erlassen wird. Unterdessen betreibt Argentinien gegenüber diesen Einwanderern eine passive Einwanderungspolitik.

Wo keine Ausweisung droht, werden sich illegale Einwanderer kaum bemühen, ihre Legalisierung zu betreiben, die ohnehin mit Gebühren, Honoraren für Vermittler, Beschaffung legalisierter Dokumente, mühseligen Amtsschritten und langen Schlangen vor Konsulaten und der Wanderungsbehörde verbunden ist. Der argentinische Amtsschimmel wiehert bekanntlich besonders laut, wenn illegale Einwanderer sich um ihre Legalisierung bemühen.

Das wird mit dem neuen Gesetz gewiss nicht einfacher, sondern vielmehr noch komplizierter. Mehrere Kategorien von Einwanderern werden aufgefordert, gleich komplizierte Amtsschritte wie bisher zu erledigen. Allerlei strenge Strafen wie Bußen und Haft bis zu 20 Jahren drohen im Gesetz für illegale Einwanderer, Schlepper und insbesondere Terroristen und Geldwäscher, als ob mit solchen Strafen die betreffenden Delikte verschwinden würden.

Indessen ist das neue Gesetz insofern großzügig, als illegalen Einwanderern der Schulbesuch nicht versagt, ebenso wie die Betreuung der Gesundheit, lies öffentliche Hospitäler, nicht verweigert werden darf. Die gesetzliche Vorschrift legalisiert eine traditionelle Praxis zugunsten illegaler Einwanderer. Andererseits wird Arbeitgebern verboten, illegale Einwanderer zu beschäftigen, ebenso wie die Vermietung an letztere untersagt ist. Das Gesetz tut so, als ob die Staatsämter in der Lage wären, diese illegalen Handlungen zu verhindern. Schwarzarbeit und schwarze Vermietungen sind gang und gäbe, ohne dass sich die Behörden bemühen, sie zu verhindern.

Die passive Einwanderungspolitik ohne Ausweisungen illegaler Einwanderer aus Nachbarländern, derer mehrere Millionen im Lande leben, wird sicherlich künftige Einwanderungsfreudige bewegen, die argentinischen Grenzen als Touristen zu überschreiten, dann hier schwarz

zu arbeiten und die Erziehungs- und Sozialdienste zu beanspruchen. Da es sich meistens um ungelernete Arbeitskräfte handelt, nimmt die Konkurrenz gegenüber ungelerten Einheimischen zu. Allerdings sind die Einwanderer ungleich arbeitswilliger und tüchtiger als Einheimische, wie es jeder Bauunternehmer bekräftigen kann. Ohne Bolivianer und Paraguayer würden ganze Branchen lahm liegen, weil Argentinier nicht gewillt sind, die gleichen Arbeiten zu verrichten, und zudem neuerdings in den Genuss der Sozialhilfen von 150 Pesos im Monat geraten, ohne arbeiten zu müssen.

Mit der passiven Einwanderungspolitik wird der Einwanderungsstrom sicherlich zunehmen, kaum dass die Wirtschaft weiter wächst und neue Arbeitsstellen schafft. Das stört das nationale Bewusstsein als mittelständische Nation, wie sich die argentinische Gesellschaft versteht. Die Einwanderung trägt aber dazu bei, den Bevölkerungsrückgang aufzufangen, der seit den neunziger Jahren in zahlreichen Gegenden Argentiniens bemerkbar ist, ähnlich wie in Europa, wo die Einwanderungspolitik freilich alles andere als passiv ist und mit Ausweisungen nicht nur droht, sondern sie auch ausführt.

Bielsa nach Spanien

Buenos Aires (AT/JW) - Die Situation von fast 100.000 illegal in Spanien lebenden Argentinern ist Gegenstand von Gesprächen, die Außenminister Rafael Bielsa und Innenminister Aníbal Fernández in der kommenden Woche in Madrid führen. Nach Medienberichten reisen die beiden Politiker am Montag nach Spanien. Dort seien für Mittwoch und Donnerstag Treffen mit Außenministerin Ana Palacio und Innenminister Angel Aceves vorgesehen, hieß es am Donnerstag. Ein Treffen mit Regierungschef José María Aznar sei zunächst nicht geplant. Vor zwei Wochen war das Thema beim Staatsbesuch von Präsident Néstor Kirchner bereits auf höchster Ebene diskutiert worden. Aznar und Kirchner hatten sich dabei auf die Bildung einer bilateralen Kommission geeinigt.

Hintergrund der Verhandlungen ist die seit Jahren ungelöste Frage um die Situation von rund 90.000 Argentinern, die ohne Visum in Spanien leben. Die aktuelle Rechtslage sieht für Argentinier nur einen Aufenthalt von 90 Tagen vor. Wer länger als drei Monate bleiben möchte, benötigt ein entsprechendes Visum.

Die Kirchner-Administration erhofft sich eine Legalisierung zumindest der Argentinier, die bereits in einem (nicht selten der Schwarzarbeit ähnlichen) Anstellungsverhältnis stehen. Bislang müssen Argentinier, denen ein Arbeitsvertrag angeboten wird, beim spanischen Konsulat in Argentinien ein Arbeitsvisum beantragen, was angesichts der Monate langen Bearbeitungszeit nicht selten einem Verlust der potentiellen Arbeitsplätze gleichkommt.

Unter der Woche wurde zudem bekannt, dass Papst Johannes Paul II. Außenminister Bielsa am 11. März eine Audienz im Vatikan gewährt. Das Treffen diene als Vorbereitung einer geplanten Rom-Reise von Staatspräsident Kirchner, wie die Zeitung „La Nación“ unter Berufung auf den argentinischen Botschafter im Vatikan, Carlos Custer, am Donnerstag schrieb.

WOCHENÜBERSICHT

AMIA-Prozess

Knapp zehn Jahre nach dem Bombenanschlag auf das jüdische Sozialwerk AMIA hat die Anklage am Donnerstag lebenslange Haftstrafen für fünf Angeklagte gefordert. Die vier Polizisten und der Automechaniker Carlos Telleldín hätten Beihilfe zu dem Anschlag geleistet, sagte Staatsanwalt Alberto Nisman. Bei dem Attentat am 18. Juli 1994 starben 85 Menschen, hunderte wurden verletzt. Telleldín soll das Bombenfahrzeug präpariert haben. Die vier Polizisten sollen bei der Vorbereitung des Anschlags geholfen haben. Für eine Reihe anderer Angeklagter forderte Nisman Haftstrafen von bis zu 10 Jahren.

Bundesanwalt Righi

Der Strafrechtler Esteban Righi (65) ist am Mittwoch von Präsident Néstor Kirchner zum Chef der Bundesanwaltschaft ernannt worden. Righi, 1973 unter Staatschef Héctor Cámpora kurzzeitig Innenminister, übernimmt den Posten

von dem zurückgetretenen Nicolás Becerra. Der in Resistencia geborene Righi war zuletzt Professor für Strafrecht an der Universität von Buenos Aires.

Abtreibungsdebatte

Die neue Richterin am Obersten Gerichtshof, Carmen Arribay, hat in der gegenwärtigen Abtreibungsdebatte ihren Standpunkt verteidigt, wonach Abtreibungen nicht gänzlich verboten sein sollten. Die Juristin reagierte damit auf Kritik von der katholischen Kirche. „Abtreibung ist ein Thema, über das diskutiert werden muss“, sagte die Strafrechtlerin am Montag. Es sei „heuchlerisch“, wenn die Kirche ihren Vorschlag, die Abtreibung zu entkriminalisieren, als Aufforderung zum Abtreiben auslege. In der vergangenen Woche hatte sich die argentinische Episkopalkonferenz in einem offenen Schreiben gegen jegliche Form von Abtreibungen ausgesprochen.

Diätenerhöhung

Randglossen

„Divide et impera“ lautet der lateinische Spruch, den sich Präsident Kirchner in seiner Politik gegenüber den Aktivisten, hierzulande genannt „piqueteros“, zueigen gemacht hat. In Laferriere unweit der Bundeshauptstadt ließ sich Kirchner für eine Massenveranstaltung von den Muskelprotzen seiner befreundeten Piqueteros D'Elia und Alderete bewachen, als ob seine persönliche Leibwache nutzlos wäre. Zeitgleich kündigte der oppositionelle Piquetero-Chef Castells die Aufhebung der nutzlosen Besetzung der Eingangshalle im Arbeitsministerium an, die eine Woche lang den Verkehr auf der Avenida 9 de Julio im Stadtzentrum gesperrt hatte. Castell forderte von der Regierung die Rückerstattung von 250.000 Sozialsubventionen für Familienvorstände, die sistiert waren, weil die Hälfte inzwischen vergütete Arbeitsstellen gefunden hatten und die andere Hälfte korrupterweise an Personen erteilt worden war, die keine Familienvorstände mit minderjährigen Kindern oder die Staatsbeamte waren. Für kommenden Montag kündigten die rebellischen Piqueteros allerlei Straßenblockaden an, die laut Kabinettschef Alberto Fernández ohne Repression verhindert werden sollen, als ob man einen Pelz waschen könnte, ohne ihn zu nassen.

Nach mehrwöchigen Absprachen des Arbeitsministers Tomada mit Gewerkschaftern, die er als Kunden seiner Kanzlei als Gewerkschaftsjurist offenbar gut kennt, brachte die Exekutive das neue Arbeitsgesetz im Senat ein, das das Gesetz von 2000 ablösen soll, als angeblich Schmiergelder an gewisse Sensoren bezahlt wurden, damit sie die Vorlage billigten. Die geringen Fortschritte des damaligen Gesetzes zwecks Flexibilisierung rigider Vorschriften, die die Einstellung neuer Arbeitskräfte verhinderten, wurden durch die Vorlage zunichte gemacht. Die Gewerkschaftsbosse werden durch ihre früheren Privilegien abermals beglückt, indem die Tarifverträge der siebziger Jahre, die vielfach mit dem Revolver auf dem Verhandlungstisch durchgesetzt wurden, weiter gelten, solange die Gewerkschafter nicht auf eine Reform einlenken, was sie füglich unterlassen. Den mittelständischen Unternehmern, die mit Abstand die meisten Arbeitnehmer im Land beschäftigen, soll als Pfand für ihr Einlenken das Privileg zugeschanzt werden, dass ihre Sozialbeiträge für neu eingestellte Arbeitskräfte um 35 Prozent bis Ende 2004 verringert werden. Für arbeitslose Familienvorstände sogar 50 Prozent. Unterdessen blüht die Schwarzarbeit, bei der keine Arbeitsvorschriften gelten und keine Beiträge abgeliefert werden. Alles soll offenbar bleiben, wie es früher war, was hohe Arbeitslosigkeit und keine soziale Absicherung für Millionen Arbeitnehmer garantiert.

Die Exekutive der Provinz Río Negro hat sich eine Diätenerhöhung von 80 Prozent genehmigt. Das geht aus Medienberichten vom Dienstag hervor. Demnach unterzeichnete Gouverneur Miguel Saiz ein entsprechendes Projekt, der Rechnungshof segnete es bereits ab. Es geht um insgesamt eine Million Pesos. Von der Maßnahme profitieren ab März insgesamt 65 Funktionäre, darunter der Gouverneur und sein Vize, Minister, Sekretäre und Subsekretäre.

Fernández in New York

Argentiniens „Primera Dama“ Cristina Fernández de Kirchner hat bei ihrem einwöchigen New York-Aufenthalt die argentinischen Medien kritisiert. In einem Interview mit der Zeitung „La Nación“ (Dienstag) warf Fernández den Medien „mangelnde Autokritik vor“. Die Präsidentengattin nahm in New York in ihrer Funktion als Senatorin an einem Sozialforum teil und traf sich mit Unternehmern, Vertretern der argentinischen Gemeinschaft und Menschenrechtlern.

Höheres Schulgeld

Der Besuch einer privaten Schule in der Bundeshauptstadt und der Provinz Buenos Aires wird teurer. Nach Medienberichten vom Dienstag steigt das Schulgeld in der Hauptstadt im Vergleich zum Vorjahr um 5 bis 10 Prozent, in der Provinz um 15 Prozent. Grund sei-

en die höheren Unterhaltskosten der Schulen. In der Hauptstadt Buenos Aires gibt es rund 1550 Privatschulen, in der Provinz 3000.

Intellektuelle bei Bielsa

Außenminister Rafael Bielsa hat am Mittwoch Marcos Aguinés, Juan José Sebrelli und María Sáenz Quesada empfangen. Die drei Intellektuellen hatten in einem offenen Brief von der argentinischen Regierung ein Überdenken der Kuba-Politik gefordert. Demnach sollten sich Regierungsvertreter bei Besuchen in Havanna auch mit Dissidenten treffen. Das hatte Bielsa bei seiner letzten Kuba-Reise unterlassen. Zudem forderten die Intellektuellen, Argentinien solle im April bei der Abstimmung in der UN-Menschenrechtskommission gegen Kuba stimmen.

Deutsche Andinisten tot

Zwei deutsche Bergsteiger sind am Aconcagua tödlich verunglückt. Wie die Zeitung „La Nación“ am Dienstag berichtete, seien die beiden Männer am Montag auf der Südseite des Berges von US-amerikanischen Bergsteigern entdeckt worden. Die Bergwacht bestätigte den Tod der deutschen Touristen, Angaben zu den beiden Männern und dem Zeitpunkt des Unglücks wurden nicht gemacht. Nach Medienberichten handelt es sich um den ersten tödlichen Unfall der Saison 2004.

AUSFLÜGE UND REISEN

Reality-Show ohne Kulissen



Blick auf den Kratersee Corona del Inca.

Reality-Shows sind in Mode. Im deutschen Fernsehen fieberten zuletzt Millionen Zuschauer inszenierten Abenteuern im brasilianischen Mato Grosso und im australischen Outback entgegen. Das hat Argentinien, das Land, das die Geologiebeschaffenheiten fast der ganzen Erde und die Klimagege-

benheiten sämtlicher Kontinente vereint, gar nicht nötig. Mit dem Geländewagen kann sich heutzutage jedermann als Old Shatterhand oder als Kara Ben Nemsi fühlen und mit mehreren Dutzend Pferden unter dem Sattel die haarsträubendsten Abenteuer in unberührter Wildnis erleben. Entweder

allein - was nicht ratsam ist -, oder aber in gut organisierten Expeditionen, wo für einen Notfall alles vorgesehen ist.

Eine unter vielen Möglichkeiten ist ein Ausflug ins Herz der höchsten Vulkane der Erde im Nordwesten der Provinz La Rioja. Das Ziel ist der Cráter Escondido, romantisch Corona del Inca genannt, ein Hochgebirgssee in 5300 Meter Höhe inmitten eines grandiosen Amphitheaters, das von den Vulkanen Bonete (6759 m), Pissis (6882 m) und Veladero (6432 m) umschlossen ist.

Natürlich wäre es vermessen, die Tour mit einem einzigen Fahrzeug zu unternehmen, denn die Möglichkeit, gleich mehrere Reifenpannen (oder gar einen mechanischen Defekt) zu erleiden, ist groß, und der berühmte gelbe Abschleppwagen kann in diesen

Bergwüsten beim besten Willen nicht helfen.

Gut organisierte und ausgerüstete Expeditionen zum Cráter Escondido werden u. a. von Corona del Inca Expediciones de Aventura, in La Rioja, durchgeführt, Fernruf (03822) 450054, E-mail expediciones@coronadelinca.com.ar. Der Ausflug in die Welt der Vulkanriesen dauert 3 Tage/2 Nächte, während derer man, entsprechend ausgerüstet, unter freiem Himmel oder in Rasthütten aus dem 19. Jahrhundert schläft. Die Karawane, bestehend aus drei bis vier Geländewagen, erreicht nach beschwerlichem Anmarsch und ohne jegliche zusätzliche Studio-Inszenierung den Rand des Kratersees von etwa fünf Kilometer Durchmesser.

Kritisch ist die Jahreszeit, denn

befahrbar ist die Region lediglich im Herbst und im Frühjahr. Eines der letzten echten Abenteuer, die

Otto Normalverbraucher heute noch erleben kann.

Marlú

TABELLEN

Fußball Copa Libertadores Vorrunde

u.a. Deportivo Táchira (Ven) - River Plate 0:0, Vélez Sarsfield - Unión Atlético Maracaibo (Ven) 1:1, Independiente - Cienciano (Per) 4:2.

Hockey

„Leonas“-Sieg

Zum Auftakt des Vier-Länder-Turniers in Córdoba haben die argentinischen Hockey-Damen am Mittwoch die deutsche Nationalelf mit 4:1 bezwungen. Vor 4000 Zuschauern im La Tablada-Club erzielten Mariné Russo, Luciana Aymar und zwei Mal Soledad García die Tore für die „Löwinen“. Den deutschen Ehrentreffer schoss Fanny Rine. An dem Turnier nehmen auch Holland und Südkorea teil. Am zweiten Spieltag trennten sich am Donnerstag Deutschland und Südkorea (2:2), Argentinien besiegte Holland (3:1)

(dpa/AT)

Sozialhilfe der deutschen Gemeinschaft in Argentinien

Solidarität zu üben, ist eine tägliche Aufgabe

Anderen zu helfen muß eine Selbstverständlichkeit sein. Dies sollte auch die Gesetzgebung einer Gesellschaft widerspiegeln und auch in den sozialen Hilfsprogrammen einer Regierung seinen Niederschlag finden. In dem Maße, wie der andere in unser Denken und unser Handeln einbezogen ist, sollte man praktizierte Wohltätigkeit deshalb auch nicht mit dem Etikett „des Außergewöhnlichen“ versehen und das, was selbstverständlich sein muß, ebensowenig an die „große Glocke“ hängen.

Die Wirklichkeit bleibt hinter diesem menschlichen Selbstanspruch allerdings weit zurück. Unzulängliche Normen haben es erlaubt, daß mehr als die Hälfte der argentinischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt. Todesfälle wegen Unterernährung erschrecken die Öffentlichkeit. Millionen finden keinen Arbeitsplatz, Millionen verdienen nicht das, was sie für ihren Lebensunterhalt brauchen. Die Kluft zwischen Arm und Reich dokumentiert neben Schwächen im Wirtschaftssystem auch soziale Ungerechtigkeit. Staatliche Programme der Sozialhilfe sind nicht selten politisch motiviert und weniger am Menschen und dessen Lebensbedürfnissen orientiert. Klientelismus und Korruption scheinen in diesem Zusammenhang keine Ausnahme zu sein. Seit Jahren wird der Kampf gegen die Armut als primäres Ziel formuliert. Fragt man jedoch nach der Effizienz der ergriffenen Maßnahmen, so steht sie bis heute in offenem Widerspruch zum propagandistischen Aufwand, den jede diese Maßnahmen regelmäßig begleitet hat.

Soziale Einstellung sollte nicht demonstriert, sondern praktiziert werden, sowohl von seiten derer, die sich der Politik verschrieben haben, als auch von der Gesellschaft selbst. Es ist nicht damit getan, dass ein Supermarkt zu Weihnachten, dem „Fest der Liebe“, zur Promotion seines Geschäfts plötzlich den Nächsten entdeckt und mit Hilfe seiner Kunden Geschenkkaktionen startet. Der Mensch braucht jeden Tag Nahrung. Solidarität zu üben, ist deshalb eine tägliche Aufgabe.

Trotzdem darf nicht allgemein Klage geführt werden. Auch in unserem Land gibt es mannigfache gesellschaftliche Initiativen und eine bunte Vielzahl von großen und kleinen Organisationen, die an der Seite hilfsbedürftiger Menschen stehen. Sie wirken meistens im Stillen, werden von den Medien häufig übersehen und von der Öffentlichkeit deshalb auch oft nicht wahrgenommen. Gute Beispiele bewegen zur Nachahmung und regen zur Mitarbeit an. Würde man sich bewußter werden, was in der Gesellschaft positiv und konstruktiv geleistet wird, so würde eine Wirklichkeit verän-



dert, die scheinbar darin besteht, dass es vorrangig die negativen Beispiele sind, die Schule machen. An positiven Beispielen auch im Bereich der Sozialhilfe fehlt es nicht. Zu nennen ist die „Deutsche Wohltätigkeitsgesellschaft“ (DWG), die von der deutsch-argentinischen Gemeinschaft bereits im 19. Jahrhundert gegründet wurde, im Jahr 1917 juristische Persönlichkeit erhielt und seit Jahrzehnten aktiv Sozialhilfe leistet. Auch ihre Arbeit ist in der argentinischen Bevölkerung nahezu unbekannt.

Für Schlagzeilen sorgten in den Medien Hilfssendungen aus Frankreich und den Vereinigten Staaten, angeblich mit verdorbenen und minderwertigen Waren. Keiner Schlagzeile

war es wert, dass von der DWG, einer privaten Organisation, über Verbindungen in Deutschland inzwischen mehr als 30, allein im vergangenen Jahr 12 Container mit hochwertigen Gütern Argentinien erreichten. Es handelte sich nicht nur um Babynahrung, andere Nahrung oder Kleidungsstücke, sondern auch um technologisch moderne Geräte für die bessere medizinische Betreuung in Notstandsgebieten. Sie werden heute in den Krankenhäusern der Ortschaften Charata, Las Breñas, Presidencia Roque Sáenz Peña und Castelli (allesamt Provinz Chaco), Esperanza, Cullen und Pediátrico de Santa Fe (in der gleichnamigen Provinz), und Gualaguaychú und Urdinarrain (Provinz Entre Ríos) benutzt. Das jüngste Beispiel ist die Übergabe eines Blutanalysegeräts an das Kinderkrankenhaus in Resistencia im November des vergangenen Jahres (s. Foto.).

Die genannten Bestimmungsorte weisen bereits darauf hin, daß die Hilfssendungen keineswegs nur für die deutsche Gemeinschaft in Argentinien bestimmt sind, sondern, dass das Verteilungsnetz in Gebiete reicht, in denen die Linderung von Armut und Not besondere Aufmerksamkeit verlangt. In Erinnerung ist die letzte Hochwasserkatastrophe in der Provinz Santa Fe. Auch hier befand sich die DWG unter den Organisationen, die den Betroffenen zu Hilfe kamen.

Häufig werden mit Sozialhilfe Vetternwirtschaft und Korruption verbunden, und dies leider, wie die Erfahrung lehrt, nicht zu Unrecht. Das nimmt Aktionen der Sozialhilfe Glaubwürdigkeit und ist für viele der Grund, mißtrauisch ihre Mitarbeit an der Lösung sozialer Probleme zu verweigern. Die Zweifel, ob das, was man spendet, auch tatsächlich bei denen ankommt, für die die Spende bestimmt war, lähmen auch die Aktivitäten der privaten Organisationen, die manchmal selbst dem Vorwurf ausgesetzt sind, Hilfe nach subjektiven Kriterien zu verteilen.

Gegen die Deutsche Wohltätigkeitsgesellschaft mit ihren etwa 1.000 Mitgliedern wurde noch nie ein solcher Vorwurf erhoben. Das liegt sicher nicht allein an dem Vertrauen in „deutsche Gründlichkeit“, Ehrlichkeit und Transparenz bei der Verfolgung gemeinsamer Bemühungen. Es gibt in der DWG keinen einzigen bezahlten Funktionär, der von der Wohltätigkeit, die anderen zugute kommen soll, lebt. Es sind ausnahmslos Freiwillige, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben und dafür die ihnen zur Verfügung stehende Zeit einsetzen und nicht selten selbst finanzielle Opfer erbringen. Es gibt damit weder persönliche noch sonstige Interessen, die den Blick vom Hilfsbedürftigen weg in eine andere Richtung lenken.

Für die Effizienz der Hilfsaktionen der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft gibt es darüber hinaus aber auch eine besondere Erklärung. Die DWG ist nicht auf sich allein gestellt. Zur deutschsprachigen Gemeinschaft in Argentinien gehören landesweit über 200 Vereinigungen und Institutionen, die ansprechbar sind, zum Teil aktiv in der DWG mitwirken und wissen, wo und in welcher Form vor Ort am besten geholfen werden kann. Was fehlt, wird dann bedarfsgerecht über die Verbindungen nach Deutschland, und hier insbesondere zu der Sudetendeutschen Landsmannschaft, zusammengetragen.

Oft brüsten sich staatliche und gesellschaftliche Institutionen damit, wieviel Geld und wieviel Tonnen Güter in soziale Hilfsmaßnahmen geflossen sind und begründen darauf ihre „Erfolgsbilanz“. Die Fragen, ob die ergriffenen Maßnahmen auch tatsächlich geeignet waren, ob die Maßnahmen auch den Notleidenden tatsächlich erreicht haben, bleiben in diesen „Erfolgsbilanzen“ ebenso oft unbeantwortet. Die Operationsmöglichkeiten der

DWG in einem größeren und funktionierenden Organisationsnetz sind für alle, die in ihr mitwirken, aus erlebter Erfahrung eine Effizienzgarantie und erhöhen die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen.

Wird ein gutes Beispiel zitiert, so wird es gern idealisierend überzeichnet. Die Wirklichkeit bleibt hinter dem vermittelten Bild gelegentlich weit zurück, gerade auch im Hinblick auf die Kooperationspartner und deren Mitwirkung. Mit ihrem Vorsitzenden Heribert Nolte ist die DWG mit anderen Vereinigungen und Organisationen Mitglied im „Verband Deutsch-Argentinischer Vereinigungen“ (FAAG), dem Dachverband der deutschen Gemeinschaft in Argentinien. Vorsitzender der FAAG ist Werner Reckziegel, der in der DWG zugleich die verschiedenen Sozialhilfeprogramme koordiniert. Dies ist nicht nur ein Zeichen für die bestehende, enge Zusammenarbeit, sondern auch ein Hinweis auf die Bedeutung, die die deutsch-argentinische Gemeinschaft dem sozialen Engagement beimißt.

Bei allem darf nicht vergessen werden, dass angesichts der dramatischen sozialen Krise noch so gut gemeinte Initiativen privater Organisationen nicht ausreichen, um eine spürbare Veränderung der Lage herbeizuführen. Private Organisationen können allenfalls Funktionen einer sozialen Bürgerwehr übernehmen. Der Staat darf sich seiner sozialen Verantwortung nicht entziehen. Er bleibt aufgerufen, mit seinen wesentlich größeren Möglichkeiten dem guten Beispiel mancher gesellschaftlichen Organisation nachzueifern. Sozialpolitik führt in dem Maße zum Erfolg, wie sich staatliche und private Initiative wechselseitig ergänzen

Schwerdt/Hentschel

Goldener Bär für Argentinien

Filmemacher Pino Solanas an Berlinale für Lebenswerk geehrt

Buenos Aires/Berlin (dpa) - Als blutige Unruhen sein Heimatland Argentinien kurz vor Weihnachten 2001 ins Chaos stürzten, begab sich Fernando Solanas mitten in die Gefahr und tat, was er am besten kann. Mit einer kleinen Handkamera filmte er den Ausbruch der Wut seiner Landsleute über Korruption, Misswirtschaft und staatlich sanktionierten Diebstahl in Form eingefrorener Bankkonten. Aus seiner Sicht ein Aufstand gegen Neoliberalismus und Globalisierung. Aus dieser Idee entstand sein neuester Film „Memoria del Saqueo“. Der Dokumentarfilm wurde erstmals auf der Berlinale gezeigt und der 67-Jährige erhielt am vergangenen Dienstag für sein Lebenswerk den Goldenen Ehrenbären der Internationalen Filmfestspiele Berlin. „Wie kann es sein, dass es in Argentinien, dieser Superfabrik für Lebensmittel, die ganz Lateinamerika ernähren könnte, heute Hunger gibt?“, fragt Solanas mit seinem Film „Memorias del Saqueo“. Der Film handelt von der Zeit zwischen dem Ende der Militärdiktatur 1983 und dem Sturz des Präsidenten Fernando de la Rúa kurz vor Weihnachten 2001. „Ich wollte die aus den Fernsehnachrichten bekannten Bilder in ihren wahren Kontext stellen“, erzählt Solanas, der



Der Argentinische Filmemacher Pino Solanas nimmt an der Berlinale mit Freude den Goldenen Bären entgegen.

sich als Peronist, Sozialist und Humanist definiert. „Der Film ist vor allem ein Fresko der negativen Folgen der Globalisierung.“

Solanas hatte nie Angst, anzuecken und Stellung zu beziehen. 1991 zerschossen ihm Unbekannte beide Beine, nachdem er den damaligen Präsidenten Carlos Menem und dessen Regierung der Korruption beschuldigt hatte. Bereits mit seinem Filmdebüt „La Hora de los hornos“ von 1967 schuf er einen Klassiker des politischen Dokumentarfilms. Die Repressionen während der Militärdiktatur in Argentinien zwangen den Regisseur in den 70er Jahren ins Exil nach Paris. In dieser Zeit entstand unter anderem „Le Regard des autres“. Zehn Jahre später kehrte Solanas nach Argentinien zurück und setzte mit den Filmen „Sur“, „El Viaje“ und „La Nube“ seine Auseinandersetzung mit Argentinien und Lateinamerika fort.

Die Nachricht vom Preis in Berlin habe er mit „großer Freude“ aufgenommen, sagt Solanas. Die Ehrung sei eine große Unterstützung für seine weitere Arbeit und sehr hilfreich bei der Suche nach einem Produzenten für sein nächstes Projekt „Argentina latente“.

Die Eroberung des Irrationalen

100 Jahre Dalí: Ausstellung in Buenos Aires zeigt Werke und Leben des Künstlers

Er schockierte und beeindruckte. Er war ebenso genial wie umstritten - am 11. Mai wäre das Multitalent Salvador Dalí 100 Jahre alt geworden. Im Centro Cultural Borges (CCB) hat nun eine von nur fünf internationalen Ausstellungen ihre Pforten geöffnet, um den Surrealisten gebührend zu feiern. Sechs Monate lang präsentiert das Museum rund 250 ausgewählte Werke, hinzu kommen eine ganze Reihe Veranstaltungen und Aktivitäten - kurz „Eine gigantische Dalíshow“, so der Werbeprospekt, die Einblick in Leben und Werk des Künstlers gibt. Zu sehen sind



Begnadeter Künstler und Selbstdarsteller: Dalí.

bei „Salvador Dalí 1904-2004. Cien años“ neben Lithografien, Radierungen und Grafiken auch Skulpturen, Medaillons und Keramiken. Unter den Kunstwerken sind auch die berühmten Bilder „El desubrimiento de América“ und „El gran masturbador“.

Im Zentrum der Ausstellung steht der Künstler und Mensch Dalí. Fotos und dokumentarisches Filmmaterial sollen das Genie und den Künstler näher bringen. Inspiriert wurde Dalí in seinen Anfängen vor allem durch die Psychoanalyse und die avantgardistische Bewegung unter André Breton.

Überzeugt von dem starken Einfluss des Unterbewusstseins auf die Kreativität stand Dalí ganz im Zentrum der progressiven surrealistischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Sein Verhältnis zum Surrealismus blieb jedoch stets ambivalent. Die Ausstellung dokumentiert die gesellschaftlichen Hintergründe der 20er und 30er Jahre und Dalís persönliche Beziehungen. Des Künstlers späteres Zerwürfnis mit der Bewegung führen viele auf Dalís ungeklärtes Verhältnis zum Faschismus und seine Freundschaft zum spanischen Diktator Franco zurück.

Im Rahmen einer Reihe surrealistischer Filme wird „El perro andaluz“ gezeigt, mit dem Dalí 1929 der Durchbruch gelang. Das Werk, inhaltlich ohne Logik und Zusammenhang, schockierte und beeindruckte damals das Publikum gleichermaßen. Dalí entwickelte fortan seine eigene Kunsttheorie: Seine Werke sollten psychische Zustände wie Rausch, Traum, Raselei künstlerisch darstellen. Dieser „paranoisch-kritischen Methode“ (Dalí) blieb er über die Jahre hinweg treu. Seine Bildkompositionen

arrangierte er so, dass verschiedene Sichtweisen möglich sind und verschiedene Bedeutungsebenen ineinander fließen. Viele seiner Werke entstanden aus Traumbildern, denn Kunst war für Dalí die symbolische Geheimsprache des Unterbewussten - nicht selten kommentierte er seine eigenen Werke.

Im Exil in den USA erlebte Dalí eine ungeahnte Popularität, die ihn zum reichsten Maler seiner Zeit machte, aber auch zum Bruch mit vielen Kollegen führte. Oft wurde

Dalí vorgeworfen, geldgierig und stüchzig nach Anerkennung zu sein. Tatsächlich schwamm er in den USA auf der Konsumwelle. In den 40er und 50er Jahren wandte er sich daher vor allem der Vermarktung seiner Kunstideen mit kommerziellen Produkten zu. In Erinnerung an diese Zeit zeigt die Ausstellung den bisher nicht veröffentlichten Zeichentrickfilm „Destino“, den Dalí zusammen mit den legendären Marx-Brothers und Walt Disney produziert hat.

Ein weiteres Schmankerl der

Ausstellung im CCB sind Dalís erotische Zeichnungen, die erstmals in Argentinien zu sehen sind. Zudem ist ein Malwettbewerb geplant. Auch werden die literarischen Erinnerungen von Eric Sabador präsentiert, dem Sekretär und Manager Dalís von 1968 bis 1980. Für den Geburtstag am 11. Mai steht eine surrealistische Fiesta auf der Tagesordnung. Hierzu werden eigens Kulissen errichtet, die das spanische Fischerdorf Cadaqués, Dalís Geburtsort, darstellen sollen.

IBR

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,93. Die Terminkurse betragen zum 27.2. \$ 2,925, 31.3. \$ 2,930, 30.4. \$ 2,940, 31.5. \$ 2,960, 30.6. \$ 2,970 und 29.7. \$ 2,980.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,2% auf 1.071,27, der Burcapindex um 0,8% auf 2.549,93 und **der Börsenindex um 0,6% auf 47.932,59.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,4% auf \$ 1,8431.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 9.2.04 US\$ 14,97 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 29,02. Eine Woche zuvor waren es US\$ 14,96 Mrd. bzw. \$ 28,80 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 14,40 Mrd. bzw. \$ 29,94 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 9,23 Mrd. bzw. \$ 19,07 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs betrug am 10.2.04 94,3%.

Mit US\$ 2,5 Mio. Investition eröffnet die bolivianische Camino Real Hotelgruppe ein neues vier Sterne 80 Zimmerhotel in Salta. Sie hat keine Beziehung zur gleichnamigen mexikanischen Gruppe und wird von der Familie Handal kontrolliert, die Hotels in La Paz und Santa Cruz, Bolivien, besitzt. In Salta wird sie mit der Alexandrigruppe zusammen arbeiten.

Die spanische Alimentos Europeos Gruppe hat ihre Beteiligung an der hiesigen Química Estrella durch den Kauf des 6,7%igen Aktienpaketes der Banco Sudameris Patagonia für US\$ 937.000 auf 40,4% erhöht. Weitere Teilhaber sind Credit Suisse First Boston mit 20%, Firmenpräsident Daniel van Lierde 10,7%, die argentinische ZB 5% und 23,9% befinden sich an der Börse. Der einzige Aktionär von Alimentos Europeos ist Dart More mit Stammsitz in Uruguay.

Die Grupo Financiero Galicia (GFG) gab für 03 \$ 217,1 Mio. (US\$

73,5 Mio.) gegen \$ 1,47 Mrd. Verlust im Jahr 02 bekannt. Die GFG hält 93,58% der Banco de Galicia, einer der größten Banken des Landes, die für das Vorjahr \$198,9 Mio. Verlust auswies. Im 4. Quartal 03 hatte GFG \$ 21,8 Mio. Verlust, wie an der Börse bekannt gegeben wurde.

Durch Gesetz 25.872 (Amtsblatt vom 9.02.04) wurde ein „Programm zur Unterstützung junger Unternehmer“ geschaffen. Personen zwischen 18 und 35 Jahren, die produktive Unternehmen verschiedener Art betreiben, sollen Förderungskredite von staatlichen Banken und Garantien des Fonds für kleine und mittlere Unternehmen (FoGaPyMe) erhalten und von Steuern ausgenommen werden oder eine Vertagung der Zahlung erhalten.

Das Unterstaatssekretariat für Tourismus der Stadt Buenos Aires hat bekanntgegeben, dass die Besetzung der Hotels der Stadt vom Januar 03 auf Januar 04 um 48% zugenommen hat, bei 35% auf 52% Kapazitätsauslastung. Dabei betrug die Zunahme bei den 5-Sternehotels 50%, so dass sie einen Besetzungskoeffizient von 66% erreichten, gegen nur 43,7% im Vorjahr.

Die Ausfuhren von Fischereiprodukten erreichten 03 nach Angaben des Tiergesundheitsdienstes Senasa mit 333.268 t für US\$ 435,5 Mio. um 20% mehr als im Vorjahr. Hauptabnehmer frischer und verarbeiteter Salz- und Süßwasserfische war Spanien mit 54.822 t für US\$ 87,2 Mio., vor Brasilien für US\$ 45,9 Mio., Deutschland US\$ 45,4 Mio. und USA US\$ 42,6 Mio.

Im Januar wurden 31.935 Kfz neu angemeldet, um 121,4% mehr als vor einem Jahr und um 174,3% mehr als im Vormonat. Wie der Kfz-Herstellerverband Adefa weiter bekannt gab, waren 22.519 davon Pkw, dreieinhalb mal so viele wie im Dezember und 8.061 Nfz, um 71,7% mehr als im Vormonat. Im Vorjahresvergleich wurden um 143,7% mehr Pkw und um 81,3% mehr Nfz neu angemeldet. An erster Stelle stand VW mit 7.045 Neuanmeldungen vor Ford mit 6.487, Che-

vrolet 4.762, Peugeot 3.075, Renault 2.864 und Fiat 2.571.

Vertreter der argentinischen Schuhindustrie verhandeln mit ihren brasilianischen Konkurrenten über eine freiwillige Einschränkung der Lieferungen an den argentinischen Markt. Besonders soll die Konkurrenz brasilianischen Sport- und Kunststoffschuhwerks verringert werden. Damit soll bei Schuhwerk der Beschluss Nr. 56/04 des argentinischen Industriesekretariates überflüssig gemacht werden, der nicht automatisch gewährte Einfuhrbewilligungen für Waren vorschreibt, bei denen eine starke Zunahme von Konkurrenzimporten festgestellt wird.

In einer Gegenoffensive gegen die Pfändungsurteile in den USA fordern die Rechtsvertreter Argentinien, die Übertragung der Klagen von Gerichten der Gliedstaaten auf jene des Bundesstaates. Das argentinische Wirtschaftsministerium erklärte, das Gericht des Gliedstaates Maryland und des District of Columbia hätten Urteile gefällt, ohne Argentinien zu verständigen damit es Berufung einlegen könne.

Im Januar haben 59.508 Mitglieder ihre private Rentenkasse gewechselt, in den letzten 5 Monaten 300.547. Das sind rd. 10% aller Beitragenden. Wieder wurde die Nación Kasse bevorzugt. 6.588 wechselten zu ihr über, 2.420 verließen sie. In 5 Monaten erhöhte sie ihre Mitgliederzahl durch Wechsel um 35.467.

Die ständige Abnahme der gebotenen Zinssätze hat das Interesse an Lebacwechseln verringert. Am Dienstag wurden nur \$ 251 geboten, gegen \$ 396 Mio. in der Vorwoche und \$ 586 Mio. vor 14 Tagen. Die ZB nahm \$ 205 Mio. an, \$ 86 Mio. zur Abdeckung von Fälligkeiten und \$ 119 Mio. zur Verringerung der Geldmenge am Platz. Insgesamt wurden \$ 222 Mio. für Lebac in Pesos geboten, \$ 21 Mio. für Lebac mit CER-Indexierung und \$ 8 Mio. für indexierte Nobac.

Das Landwirtschaftssekretariat hat beschlossen, ein Gerichtsurteil nicht zu befolgen. Es hatte für den Schlachthof Swift Armour 918 t Hiltonschnitte vorbehalten. Das Staatsse-

ekretariat verteilte den Quotenanteil an die Firmen Cepa, Coto, Friar und Rafaela Alimentos.

Eine Mission des Tier- und Lebensmittel-Gesundheitsdienstes Senasa wird in Russland mit den entsprechenden Behörden verhandeln, um gemeinsam Gesundheitszertifikate auszuarbeiten, mit denen Fleischlieferungen Argentinien erleichtert werden sollen. Vor Monatsende sollen russische Experten 28 argentinische Schlachthöfe inspizieren, die bereits nach Russland exportieren, und weitere 37, die in die Bewilligungsliste aufgenommen werden wollen.

Der Gouverneur von Misiones fordert für einen Teil der Schulden seiner Provinz einen Abschlag von 75%. Die Provinz schuldet besonders Privatbanken und Privaten Rentenkassen rd. \$ 2,5 Mrd.

Der Staat hat bis jetzt rd. \$ 60 Mio. bezahlt, um in Konkurs geratene Fabriken zu übernehmen und sie ehemaligen Mitarbeitern derselben als Genossenschaftsbetriebe zu übergeben.

Das Stromverteilungsunternehmen Edesur hat Investitionen in \$ 167 Mio. bekannt gegeben. Damit erfüllt seine Hauptaktionärin, die spanische Endesa, die Präsident Kirchner anlässlich seiner Spanienreise gemachte Zusage, hier weiter zu arbeiten. Die Ankündigung erfolgte anlässlich der Inbetriebnahme eines neuen Hochspannungsanschlusses für die Versorgung von Buenos Aires Stadt.

Die Stromlieferungen haben im Januar im Vorjahresvergleich landesweit um 9,8% zugenommen. Im Raum Gross Buenos Aires legten sie um 7,54% zu.

Ein Handelsgericht hat die Pfändung von 2 Konten des ehemaligen

**KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios. 4791-4287.

Postkonzessionärs, der Macgrigroupe, bei den Banken BNP Paribas und Lehman Brothers bestätigt. Auf dem Konto bei Lehman befinden sich US\$ 11,5 Mio.

2 Jahre später als erwartet sind in Argentinien mehr Mobiltelefone als Festanschlüsse in Betrieb. Zum 31.12.03 waren 7,84 Mio. Mobiltelefone und 7,75 Mio. Festtelefone angemeldet. Damit schliesst sich Argentinien dem Trend in Chile, Brasilien und Spanien an, in denen die Mobiltelefone an erster Stelle stehen.

Der Fonds für gegenseitige Garantiestellungen Fogaba hat mit der Credicoopbank ein Abkommen unterzeichnet, das kleinen und mittelständischen Betrieben den Zugang zu Krediten erleichtern soll. Die Fogaba-Garantie verringere das Risiko der Bank, was billigere Kredite ermögliche. Kredite für Arbeitskapital auf 24 Monate sollen 12% im Jahr kosten, Investitionskredite bis zu 48 Monaten 13% und Ausfuhrvorfinanzierungen 7%.

Ein Pharmalaboratorium in El Palomar wurde vorübergehend geschlossen, weil es mutmasslich ein Nitrofurantolinhaltiges Mittel vertrieben hat. Diese Mittel zur Erkränkungsbekämpfung bei Bienen ist beinahe in der ganzen Welt, auch in Argentinien, verboten, da es gesundheitsschädlich für den Menschen sein kann. Argentinische Honigaushfuhren haben bereits darunter gelitten, dass in Europa in einer argentinischen Lieferung Nitrofurantolrückstände entdeckt wurden.

Telefónica de Argentina hatte 03 \$ 405 Mio. Nettoverdienst. Ein Jahr zuvor hatte der Nettoverlust über \$ 1,01 Mrd. betragen. Das operative Bruttoergebnis hatte \$ 243 betragen. Das seien 8,8% der Umsätze und 2,5% der Gesamtaktivitäten zu Beginn des Geschäftsjahres. Die Aufwertung des Peso gegenüber dem Dollar hat den Vorjahresgewinn begünstigt. Das Finanzergebnis, einschliesslich der Kursgewinne von \$ 760 Mio., habe \$ 236 Mio. betragen.

In Genf hat Argentinien von Russland eine grössere Marktöffnung für Fleisch und Sajaöl im Gegenzug für seine Stimme zugunsten des Eintrittes Russlands in die WHO gefordert. Argentinien Vertreter erinnerte Russland, dass 1974/84 die damalige Sowjetunion eine der grössten Rindfleischmärkte Argentinien war und ein Viertel seiner Ausfuhren übernahm. Im Zuge der Änderungen des Wirtschaftsgeschehens sei Argentinien als Lieferant praktisch verschwunden. Es erwarte einen Absatz von mindestens 35.000 t tiefgekühlten Rindfleisch pro Jahr.

Die Provinz Buenos Aires gab einen Plan bekannt, demzufolge in den nächsten 10 Jahren 6.000 km Erdstrassen der Provinz mit einer Strassendecke versehen werden sollen. An-

schliessend sollen mittels eines weiteren Planes ähnliche Verbesserungsarbeiten in Ortschaften mit über 100.000 Einwohnern durchgeführt werden. Die Verwaltung der Pläne soll von einer Treuhand durchgeführt werden, an der die privaten AFJP Rentenkassen zu 70%, die Provinz zu 20% und begünstigte Unternehmen mit 10% beteiligt sein werden. Die Schuldscheine der Treuhandgesellschaft sollen eine Rendite von 4,5% im Jahr plus einer Indexierung durch den Rindfleischpreis haben. Die Provinz und die Gemeinden garantieren die Investitionen mit ihren Beteiligungen an Nationalsteuern. Die begünstigten Grundbesitzer werden einen Beitrag leisten müssen, der mit \$ 25 pro ha angenommen wird und mit der Grundbesitzer verrechnet werden kann. Die privaten AFJP Rentenkassen, die an der Ausarbeitung des Planes beteiligt waren, suchen damit in garantierten öffentlichen Vorhaben zu investieren, die von der Privatwirtschaft durchgeführt werden.

Die nordamerikanische Kellog's wird ihre bekannten Haferflocken in Argentinien nicht mehr herstellen. Die Fabrik in Pilar wurde geschlossen und die weiter bestehende Vertriebsgesellschaft wird sich zu 100% aus Brasilien versorgen. Kellog's erzeugte hier seit 1970. Der Rückzug war im Oktober 03 beschlossen worden.

Eduardo Hecker übernimmt ab dem 17.2.04 den Vorstandsvorsitz der Banco Ciudad. Er war vorher Stadtsekretär für Wirtschaftsentwicklung der Regierung von Buenos Aires Stadt gewesen.

Argentinien Einfuhren brasilianischer Bananen sind 03 von US\$ 18 Mio. auf US\$ 12 Mio. zurück gegangen.

Argentinien karger Aussenhandelsüberschuss mit Brasilien von US\$ 112 Mio. im Vorjahr ist auf die 94,8%ige Erhöhung der Einfuhren und die 1,5%ige Verringerung der Lieferungen an den grossen Mercosurpartner zurückzuführen. Knapp die Hälfte der argentinischen Ausfuhren beschränken sich auf 15 Erzeugnisse, jedoch 18,5% auf nur eines, Weizen. Von den Lieferungen Brasiliens entfallen 50% auf über 60 Erzeugnisse. Argentinien lieferte Brasilien Weizen für US\$ 865 Mio., vor Benzin für die Petrochemie, 4,9% der Ausfuhren, Diesel-Kfz 3,6%, Pkw 3,5%, Rohöl 3,44%, Butan 2,9% und andere Erdölprodukte 2,2%, insgesamt für US\$ 4,67 Mrd., gegen brasilianische Lieferungen für US\$ 4,56 Mrd.

Geschäfte an von „piqueteros“ bevorzugt heimgesuchten Strassenteilen geniessen „kaufmännischen Notstand“: Da sich mögliche Käufer nicht in ihre Nähe wagen, gewährt ihnen die Regierung von Buenos Aires Stadt einen 50%igen Steuererlass. Mehrere Mitglieder gesetzgebender Körperschaften, auch in La Plata, bringen jetzt Vorlagen ein, um weitere

Piquetero-Strecken zu Notstandsgebieten zu erklären.

Der Construya Index, der aus dem Absatz der 14 grössten Baumateriallieferanten des Landes errechnet wird, ergab im Januar eine Zunahme von 6,3% gegenüber Dezember. Der seit 2000 geführte Index ergab im Vorjahresvergleich des Januar eine Zunahme von 30,4%.

Die Zahl der zurückgewiesenen Schecks war im Januar 04 mit 38.072 um 34,2% geringer als im gleichen Vorjahresmonat, wie die ZB bekanntgab. Der Betrag derselben war im selben Vergleich \$ 71,25 Mio., um 21,7% geringer. 4.958 der im Januar zurückgewiesenen Schecks, 13%, wurden anschliessend bezahlt. Im Vorjahresjanuar waren es 43,7% gewesen. In Beträgen wurden im Januar 04 zurückgewiesene Schecks für \$ 15,36 Mio. schliesslich eingelöst, gegen \$ 46,32 Mio. ein Jahr zuvor.

Der Rechnungshof der Provinz Córdoba hat die spanische Firma Indra für die Informatisierung seiner Tätigkeit verpflichtet. Das Vorhaben wird US\$ 780.000 kosten.

Toyota Argentina hat 03 7,8% Marktanteil erreicht. Sie meldete 11.343 Neuanmeldungen gegen 5.698 ein Jahr zuvor.

Bei den Klagen ausländischer Dienstleistungsunternehmen vor dem ICSID, dem Schiedsgericht der Weltbank für Differenzen über Auslandsinvestitionen, war ein Hauptargument der Firmen die schleichende Enteignung (engl. creeping expropriation) durch die Pesifizierung und Einfrierung der Tarife. Argentinien stellte stets die Zuständigkeit des Schiedsgerichts in Frage, da Klagen vor argentinischen Gerichten geführt werden müssten. Im Fall der Firmen Azurix, einem ehemaligen Wasserkonzessionär, und CMS, Stromversorgung, hat der ICSID nun entschieden, dass er zuständig sei. Das schaffe eine Präzedenz für andere Klagen.

Einem Bericht von Standard & Poor's zufolge betragen die Steuereinnahmen des argentinischen Staates 20% des BIP. In Spanien seien es 40%, in Italien 48% und in Schweden 53%.

Das Kommunikationsunternehmen IPlan Networks hat 03 \$ 49,7 Mio. gegen \$ 28 Mio. im Vorjahr umgesetzt. 04 sollen \$ 13 Mio. in neue Technologien investiert werden, um den Umsatz auf \$ 68 Mio. zu steigern. Die Firma betreibt 28.000 Telefonanschlüsse, um 50% mehr als vor einem Jahr.

Das Landwirtschaftssekretariat gab bekannt, dass die Mehlausfuhren in den ersten 11 Monaten 03 mengenmässig um 47% und wertmässig um 25% über dem Vorjahr

lagen. Die Lieferungen an Brasilien nahmen um 100% zu. Bei verarbeitetem Mais nahmen die Ausfuhren im gleichen Zeitraum mengenmässig um 28% und wertmässig um 36% zu, besonders durch Lieferungen nach Asien, Afrika, Europa und amerikanische Staaten.

Der Bürgermeister von Paraná gab bekannt, dass den Bürgern Gebühren für \$ 495.606 rückerstatten werden. Die Gemeinde habe 1999/2002 unrichtigerweise die MwSt. auf Trinkwassergebühren berechnet, obwohl die Steuerbehörde verfügt hatte, dass sie darauf nicht zu erheben sei.

Die Universität von Buenos Aires (UBA) gab folgende Vorjahreszahlen bekannt: Ein Budget von \$ 323 Mio. für 280.000 Studenten, 13 Fakultäten mit 103 Laufbahnen, 24.835 Lehrkräften, davon etwa 30% ehrenamtlich, 10.202 nicht lehrende Gehaltsempfänger und bisher 3 Nobelpreisträger.

Die Eiscremekette Freddo wurde vom Pegasus Investmentfonds für rd. US\$ 20 Mio. übernommen. Fredo war von der Exxel Group der Banco de Galicia wegen einer Schuld von US\$ 30 Mio. übertragen worden die nicht bezahlt werden konnte. Pegasus hat vor Kurzem die Tonträgerkette Musimundo erworben.

Die Firma Bautec errichtet für \$ 5,9 Mio. drei neue Supermärkte. Einen für Makro, einen für Maxiconsumo und einen für Caromar.

Während im Jahr 2000 noch Zigarren für US\$ 15 Mio. importiert wurden, ist der Verbrauch auf US\$ 2,5 Mio. zurück gegangen. Die Hälfte der Tabakwarengeschäfte haben aufgegeben und 12 Zigarrenmarken sind vom Markt verschwunden.

Die Sociedad Comercial del Plata (SCP) der Soldatigruppe, die kürzlich einen Vergleich mit 80% Abschlag auf ihre Schulden abgeschlossen hat, ist wieder auf Expansionskurs. Für US\$ 2 Mio. hat sie die restlichen 65% des Telekommunikationsunternehmens Millicom Argentina erworben, von dem sie als Mitgründerin bereits 35% besass und das sie auch führte.

Aerolíneas Argentinas hat im Vorjahr einen Nettoverdienst von \$ 127,8 Mio. erwirtschaftet. Das waren um 59,44% mehr als im Vorjahr und bedeuten ein Wachstum von 156%. In diesem Jahr will Aerolíneas in die Gruppe der 30 rentabelsten Unternehmen des Landes aufsteigen.

Repsol YPF wird in den nächsten 4 Jahren in der Provinz Mendoza US\$ 700 Mio. investieren. Es seien Erschliessungsarbeiten, neue Förderquellen, und Verbesserungen in der Luján de Cuyo Raffinerie vorgesehen. Alleine in diesem Jahr seien über US\$ 200 Mio. vorgesehen. Der Betrag sei

Teil des angekündigten Investitionsplanes von US\$ 6 Mrd. in Argentinien.

Der IGA-Index der Beraterfirma Ferreres y Asociados hat für Januar 04 im Vorjahresvergleich eine Zunahme der Wirtschaftstätigkeit um 8,5% und im Vormonatsvergleich

von 2% ermittelt. Besonders werden im Vorjahresvergleich hervorgehoben: Baugewerbe +21,3%, Handel +10,8%, Verarbeitendes Gewerbe +9,4%, Transport und Kommunikation +7,6%, Strom, Wasser und Gas +7,0%, Finanzgeschäfte +4,6% und Sozial- und Gesundheitsdienste +3,9%.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Auf Kollisionskurs

Ganze fünf Stunden verhandelte Wirtschaftsminister Roberto Lavagna samt seinen engsten Mitarbeitern in Miami am vergangenen Montag mit Horst Köhler, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, dessen Stellvertreterin Anne Krueger und den leitenden Mitgliedern des für Argentinien zuständigen Stabes. Köhler hatte Lavagna eingeladen, nachdem sich dortselbst die Finanzminister der sieben wirtschaftlich führenden Nationen, genannt G 7, versammelt hatten und in einem Schlusskommuniqué ihre Sorge über die ausstehenden argentinischen Verhandlungen mit den Inhabern von Bonds in Default geäußert hatten. Das argentinische Default, immerhin betragsmässig das grösste der an Staatsdefaults besonders reichen Weltgeschichte, war Gegenstand eines Traktandums der Ministeritzung gewesen, die sich normalerweise mit der Weltwirtschaft und ihren Hauptproblemen beschäftigt.

Nach fünf Stunden wurden die darauf wartenden Reporter enttäuscht, als ein besonders kurz gehaltenes Kommuniqué lediglich beherzigte, dass konstruktive Gespräche geführt worden seien, was in diplomatischer Umschreibung heisst, dass nicht gestritten wurde. Es ging in der Sache um die Vorbereitung der Revision des vierten Quartals 2003, das zweite des Standby-Abkommens zwischen Argentinien und dem Fonds. Diese Revision hat in der Berichtswoche mit der Reise der Fondsbeamten nach Buenos Aires begonnen. Nach dem abschliessenden Bericht dieser Delegation muss das Fondsdirektorium Mitte März beschliessen, ob es die Revision gutheisst. Rein finanztechnisch stehen die Zeichen günstig für Argentinien, nachdem der Kern des Abkommens, nämlich der Primärüberschuss im Haushalt, auch im nachfolgenden ersten Quartal 2004 sicherlich eingehalten werden wird, wie die vorläufigen Zahlen über Einnahmen und Ausgaben des Schatzamtes für den Monat Januar in Aussicht stellen,

wird doch damit gerechnet, dass der vereinbarte Überschuss im Januar und Februar das Quartalsziel übertreffen wird. Im gleichen Sinn erhärtet das Revisionsquartal 2003 die Fiskalauflagen, ebenso die monetäre Politik mit einer Geldschöpfung innerhalb vereinbarter Grenzen. Die meisten anderen Auflagen, die sich auf konkrete Themen beziehen, wurden ebenfalls eingehalten, unbeschadet einiger weniger Themen, an denen noch gearbeitet wird, die aber kaum dazu angetan sein werden, die Revision als solche in Frage zu stellen.

Das Problem in den Beziehungen zum Fonds sind die offenen Verhandlungen mit den Bondsinhabern, die keinerlei Fortschritte ausweisen. Der Fonds darf laut Statuten einem Mitglied in Default der Staasschulden keine Ziehungen erlauben. Die Regierungen einiger Länder, deren Sparer diese Bonds in Default seinerzeit erworben haben, werden von den Sprechern der Sparer bedrängt, Argentinien im Fonds unter Druck zu setzen, damit die erwartete Verhandlung endlich beginnt. Das sind zumal Italien und Japan, deren Delegierte ebenso wie Grossbritannien, bei der letzten Revision im Januar, die zunächst ohne sachlichen Grund aufgeschoben wurde, sich der Stimme enthielten und damit die Siebenergruppe G 7 aufspalteten, da die anderen vier (USA, Kanada, Deutschland und Frankreich) die Revision vorbehaltlos billigten.

Argentinien muss am 9. März US\$ 3,1 Mrd. Ziehungen gegen den Fonds tilgen. Präsident Kirchner hat sich diesbezüglich unter der Bedingung bereit erklärt, dass die Zentralbank die Zahlung mit eigenen Währungsreserven leistet, sofern der Fonds mitteilt, dass der nachfolgenden Revision nichts im Wege steht. Die Billigung der Revision veranlasst den Fonds, die Tilgung zunächst teilweise durch eine neue Ziehung Argentinien auszugleichen. Im Abkommen mit dem Fonds besteht das Einverständnis, dass die argentinischen Tilgungen im Zeitraum von drei

Jahren durch neue Ziehungen ausgeglichen werden, so dass Argentinien als Schuldner des Fonds das Schuldkapital weder erhöht noch verringert. Gleiches gilt für die Weltbank und BID. Seit 2002 hat Argentinien bei den drei Finanzanstalten netto rund US\$ 6,0 Mrd. getilgt, wie Minister Lavagna nicht müde wird, dauernd hervorzuheben.

Die Minister der G 7 und der Fonds bestehen darauf, dass die argentinische Regierung in gutem Glauben echte Verhandlungen mit den Vertretern der Bondsinhaber aufnimmt, was so viel bedeutet, dass der Vorschlag, neue Bonds für nur 25% des Schuldkapitals, zumal langfristig und mit niedrigen Zinssätzen, auszugeben und die angelaufenen Zinsen seit Anfang 2002 bis zur Umschuldung abzuerkennen, überhaupt nicht anerkannt wird. Unterschwellig wird der Regierung zugemutet, dass sie nicht in gutem Glauben verhandelt, wenn sie mit ihrem Vorschlag über 90% des gesamten Schuldkapitals, einschliesslich angelaufener Zinsen, sistiert bzw. entschädigungslos konfisziert. Die Regierung kontert, dass sie in gutem Glauben verhandelt, indem sie einen Vorschlag unterbreitet, den sie im Nachhinein honorieren kann, anders als bisherige Ziehungen gegen den Fonds und allerlei Zwangsumschuldungen, die jeweils nicht honoriert wurden.

Dieser deutliche Kollisionskurs führt direkt zum Default gegenüber dem Fonds, wenn keine Verhandlungen mit den Gläubigern zu neuen Vorschlägen führen. Wie verlautete, möchte der Fonds den Kapitalschnitt von 75% auf 50% verringern, die angelaufenen Zinsen auch umschulden und die Mehrkosten für Argentinien mit der Anhebung des Primärüberschusses im Haushalt, einschliesslich der Gliedstaaten, von bisher 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf 3,8% anheben. Die Regierung weigert sich standhaft, den Primärüberschuss zu erhöhen und argumentiert, dass dadurch Sozialausgaben und Staatsinvestitionen zwecks Wirtschaftsförderung leiden würden. Argentinien wird als ärmstes Land hingestellt, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung am Hungertuch nagt. Der Wirtschaftsaufschwung, der 2003 mit über 8% BIP-Zunahme unterwegs ist, würde durch einen höheren Primärüberschuss behindert werden. Übrigens spekuliert Minister Lavagna mit nur 4% des BIP als Wachstumsziel für 2004, wogegen sein Staatssekretär Tan-

gelson mit 6% rechnet und zurückgepfiffen wurde, als er dieses Wachstumsziel öffentlich preisgab. Die Argumente der Regierung mögen für eine breite Öffentlichkeit schmackhaft aussehen, die Finanzgewaltigen der Welt kaufen sie nicht ab und bestehen darauf, dass Verhandlungen eingeleitet werden.

Das Wirtschaftsministerium tut sich diesbezüglich besonders schwer. Es streitet den Sprechern der Bondsinhaber das Recht auf eine Vertretung ab, behauptet, sie hätten keine Vollmachten, lädt sie ein, sich in einem neuen Register einzuschreiben, und debattiert über die Presse, während sie echte Verhandlungen hinausschiebt. Die Liste der Bondsinhaber ist längst bekannt. Mehrere Organisationen haben sich gebildet und sind bereit, an neutralem Ort, gegebenenfalls in New York, mit argentinischen Unterhändlern die Verhandlungen aufzunehmen, allerdings im Verständnis, dass der bisherige Konfiskationsvorschlag abgelehnt wird, den die Regierung als unabänderlich vorstellt, Englisch „take it or leave it“. Demnächst wird man erfahren, ob eine solche Verhandlung mit den Vertretern der Bondsinhaber möglich ist.

Unterdessen hat die Weltbank die ebenso wie die erste Revision des Fondsabkommens verzögerte Billigung ihres langfristigen strukturellen Kredites von insgesamt rund US\$ 5 Mrd. am Donnerstag nochmals verschoben, obwohl hierfür kein formaler Anlass vorlag. Offenbar üben die Delegierten der Mitgliederregierungen Druck auf die Weltbankführung, damit diese Argentinien als Kreditnehmer zappeln lässt, bis die Verhandlungen mit den Bondsinhabern unterwegs sind. Es ging dabei um eine erste Tranche mehrerer hundert Millionen Dollar für Infrastrukturprojekte wie Wegebauten und andere, die Argentinien bitter nötig hat. Die Weltbank und die BID sind die beiden einzigen Quellen langfristigen Kapitals für die Infrastruktur, die Argentinien im Default noch zur Verfügung stehen.

Unterdessen mehren sich die Rechtsklagen der Bondsinhaber vor ausländischen Gerichten sowie neuerdings die Pfändungen bzw. die Verfügungsverbote über argentinische Staatsaktiven im Ausland, wie dieser Tage eine Militärbarracke in USA und danach die Wohnung des Marineattachés an der Botschaft in Washington. Offenbar sind die Fi-

nanzgewaltigen der Welt der Meinung, dass sie die Verzögerungstaktik Argentiniens und den konfiskatorischen Umschuldungsvorschlag nicht mehr bereit sind, zu dulden. Sie nehmen den Kollisionskurs auf, den die argentinische Regierung mit ihrem Vorschlag eingeschlagen hat, indem der politische Druck auf Argentinien sich deutlich verstärkt in Erwartung einer Verhandlung in gutem Glauben mit den Bondsinhabern. Ein Überschwappen des argentinischen Fondsdefaults auf Nachbarländer wird keinesfalls befürchtet. Indessen sollte die argentinische Regierung sich Sorgen über mögliche Folgen auf dem lokalen Devisen- und Geldmarkt machen, wenn Sparer mit ihrem Kapital ins Ausland flüchten, weil das Default gegenüber dem Fonds erklärt wird und Argentinien sich finanziell von der Welt abkoppelt.

Gegenüber dem beunruhigenden Szenarium, das sich aus der

Verhärtung der Haltung des IWF und der G7 auf der einen, und der argentinischen Regierung auf der anderen Seite ergibt, das in einer starken Börsenbaisse in Buenos Aires seinen ersten Ausdruck fand (der Mervalindex ging am Mittwoch um 7,9% zurück und lag somit um 20% unter dem Stand vom 21. Januar 2004), ist die Meldung über die Bildung des Bankensyndikats für die Umschuldung der Default-Bonds ein Lichtblick. Nachdem die meisten Grossbanken abgelehnt hatten, haben schliesslich Barclays (Grossbritannien), UBS-Warburg (Schweiz) und Merrill Lynch (USA) angenommen. Gleichzeitig verlautet aus dem Wirtschaftsministerium, dass an einem Menü gearbeitet werde, das mehrere Optionen für die Bondsinhaber vorsieht. Wie weit das stimmt, nachdem Präsident Kirchner und Minister Lavagna ununterbrochen beteuern, mehr als 25% könnten sie nicht bieten, sei dahingestellt.

Die amerikanische Freihandelszone in der Sackgasse

In der Vorwoche kamen in Puebla, Mexiko, die Vertreter der Staaten des amerikanischen Kontinentes, mit Ausnahme von Kuba, zusammen, um über die Bildung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone zu verhandeln, genannt ALCA auf spanisch (Asociación de Libre Comercio Americana) oder LAFTA auf englisch (Latin American Free Trade Association). Es handelt sich um eine 1994 von den USA in Miami eingeleitete Initiative zur Ausweitung der NAFTA-Freihandelszone, die USA, Kanada und Mexiko umfasst, auf den ganzen Kontinent. Ende 2004 sollte das Abkommen abgeschlossen sein; aber es wird bestenfalls zu einem rhetorischen und inhaltlich substanzlosen Abkommen kommen (ein ALCA-light, wie es die Amerikaner nennen), da es in grundsätzlichen Fragen keine Einigung gibt und wohl kaum geben kann. Was von vorne herein bekannt war und an dieser Stelle mehrmals betont wurde. Wir haben über das ALCA nie die Phantasien geteilt, die in der hiesigen Presse verbreitet wurden, die von einer totalen Ignoranz der Thematik strotzten.

Die USA haben dieses Mal vorgeschlagen, sämtliche Subventionen für Exporte nach den ALCA-Staaten abzuschaffen. Darauf gingen die Lateinamerikaner, mit den Mercosur-Staaten an der Spitze, jedoch nicht ein. Sie fordern die

Abschaffung sämtlicher Subventionen, besonders der internen, für die US-Landwirtschaft, also auch der Stützungspreise, ebenso wie die Exportförderungen an Drittländer, die meistens über weiche Kredite gewährt werden, und auch die Hindernisse am Marktzugang, durch Verbote, Quoten oder sanitäre Massnahmen, die kein objektives Fundament haben.

Für die USA ist dies rein politisch nicht möglich, da es mehr Staaten gibt, in denen die Landwirtschaft über die Industrie vorwiegt, so dass es, bei gleicher Senatorenzahl pro Staat, auch mehr Senatoren gibt, die landwirtschaftliche Interessen verteidigen. Eine Liberalisierung, wie sie der Mercosur fordert, würde in mehreren Fällen verheerende Folgen haben, die keine US-Regierung zu tragen gewillt ist.

Die Stellung der USA in Puebla war in dieser Angelegenheit die gleiche wie bei vorangehenden ALCA-Konferenzen: Dass sie bereit sind, die direkten und verkappten Subventionen insofern abzuschaffen, als es die EU u.a. protektionistische und subventionierende Staaten auch tun. Somit verweisen sie auf die Verhandlungen, die gegenwärtig im Rahmen der Dubai-Runde der Welthandelsorganisation geführt werden. Wenn es hier Fortschritte gibt, sind diese jedoch allgemeingültig, so dass dies nicht als Gegenleistung

der USA für Konzessionen lateinamerikanischer Staaten angesehen werden kann.

Abgesehen von der Landwirtschaftsfrage, ist die Liberalisierung des Importes von Industriegütern aus den USA für die Mercosurstaaten u.a. des Kontinents nicht vorteilhaft. Denn wenn die US-Produkte zollfreien Marktzugang haben, geniessen sie eine Präferenz gegenüber anderen Ländern, so dass sie in vielen Fällen höhere Preise fordern können. Der Staat des Importlandes würde dabei Zolleinnahmen verlieren, die nur zum Teil durch niedrigere interne Preise ausgeglichen würden. Ein schlechtes Geschäft.

Abgesehen davon darf nicht vergessen werden, dass der grösste Teil des Exportes von Argentinien u.a. Staaten nicht an den USA geht, sondern nach Europa und in letzter Zeit zunehmend nach Asien, nachdem China seinen Markt geöffnet hat. Die Gewährung einer Vorzugsstellung für die USA würde von diesen Staaten als eine unfreundliche Haltung eingestuft werden, die zu direkten oder verkappten Repressalien führen könnte, und auf alle Fälle die Möglichkeit der Abschaffung von bestehenden Handelshindernissen verringern würde.

Es ist erstaunlich, dass der Industrieverband „Unión Industrial Argentina“ und auch die einzelnen sektoriellen Kammern nicht reagiert haben, würde doch die Abschaffung, bzw. zunächst starke Verringerung der Zölle für Importe aus den USA für viele lokale Betriebe die Schliessung bedeuten, u.a. bei vielen Zulieferanten der Kfz-Industrie. Gewiss würden andere Industrieunternehmen expandieren können, weil sie auf dem USA-Markt eine Vorzugsstellung gegenüber Lieferanten aus Drittländern hätten. Indessen

Flaggschiff Sojabohne

Die Sojabohnen entwickeln sich je länger desto deutlicher als das wirtschaftliche Flaggschiff Argentiniens. Die Weltmarktpreise haben sich auf über US\$ 300 je t in einem Jahr verdoppelt, während die Welternten von knapp 200 Mio. t unter dem Konsum liegen, so dass die Lagerbestände, insbesondere in USA, fühlbar abgenommen haben. Trotz dieser Marktlage, die weitere Haussen in Aussicht stellt, kaum dass eine Ernte weniger gut als erwartet ausfällt, nehmen die Future-Preise am massgebenden Getreidemarkt von Chicago eine fühlbare Baisse auf

dürfte die industriezerstörende Wirkung zunächst stärker sein, was sich auch negativ auf die Beschäftigung auswirken würde.

Für Argentinien stellt der Mercosur nach wie vor die erste Aussehenhandelspriorität dar, wobei es hier um die Schaffung eines grossen Wirtschaftsraumes geht, der einer modernen Industrie, mit grossen Stückzahlen, als Grundlage dient. Es fehlt noch ein weiterer Weg, um die zahlreichen Einzelprobleme befriedigend zu lösen, die sich innerhalb des Mercosur ergeben. Der Mercosur muss vorerst als eine unvollkommene Zollunion, also mit vielen Ausnahmen, verstanden werden, gerade damit die Ausnahmen nicht das ganze Gefüge zum Scheitern bringen.

Abgesehen davon sind auch die Freihandelsabkommen mit Nachbarländern (Chile und Bolivien) wichtig, die schliesslich auch in die Zollunion münden und im Sinne der Erweiterung des Wirtschaftsraumes gedacht sind. Dies ist jedoch prinzipiell etwas anderes als die zahlreichen Freihandelsabkommen, die die WHO leichtfertig zulässt, die die Welt Handelsordnung durchlöchern und im Endeffekt negativ sind.

Argentinien muss sich auf die WHO konzentrieren, was sich auf Einreichung von Klagen wegen zahlreicher Verletzungen des Vertragswerkes bezieht, die für unser Land schädlich sind, aber ganz besonders um die weitere Liberalisierung des Agrarhandels. Und dann muss auch bilateral verhandelt werden, wie es Staatssekretär Redrado sagt, „Produkt für Produkt und Land für Land“.

Die Puebla-Konferenz endete mit dem Vorhaben, in einem Monat noch einmal zusammenzukommen. Dabei dürfte jedoch genau so wenig zustande kommen, wie dieses Mal.

etwa US\$ 250 je t per Jahresende vorweg.

Die argentinischen Landwirte lassen sich dadurch nicht beirren. Sie stellen zudem die Sorge in USA fest, dass mangels genügender Belieferung mit Sojabohnen die Verarbeitung auf ausländische Lieferungen aus Argentinien und Brasilien angewiesen sein dürfte. Ein US-Parlamentarier hat deshalb bereits einen Gesetzesentwurf im Abgeordnetenhaus eingebracht, damit diese Einfuhr unbunden wird. Als Vorwand dient die Plage genannt Roya, die sich insbesondere in Brasilien sowie in

